

17.12.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und Forschung

zu dem Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2281

Hochschulfinanzierung transparent gestalten - Benachteiligung von Hochschulen durch leistungsorientierte Mittelvergabe beenden

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 16/2281 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 17.12.2013/Ausgegeben: 20.12.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN „Hochschulfinanzierung transparent gestalten - Benachteiligung von Hochschulen durch leistungsorientierte Mittelvergabe beenden“ - Drucksache 16/2281 - wurde am 20. März 2013 vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung überwiesen mit der Maßgabe, dass Beratung und Abstimmung nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

Mit dem Antrag soll die Landesregierung u .a. aufgefordert werden, bereits im Rahmen des aktuellen Hochschulgesetzes durch Wahrnehmung ihrer Rechtsaufsicht höchstmögliche Transparenz zu schaffen, gemeinsam mit den Hochschulen ein transparentes Finanzberichtswesen zu entwickeln und neue Steuerungselemente für die Mittelvergabe an Hochschulen zu entwickeln.

B Beratung

Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung hat sich in seinen Sitzungen am 17. April 2013, 3. Juli 2013 und 11. Dezember 2013 mit dem Antrag befasst.

Der Ausschuss führte am 3. Juli 2013 eine öffentliche Anhörung zum Antrag durch. Zum Inhalt des Hearings wird auf das Ausschussprotokoll 16/291 verwiesen. Alle abgegebenen Beiträge sind darin ausführlich dokumentiert.

An schriftlichen Stellungnahmen standen zur Verfügung:

Stellungnahme

- | | |
|--------|---|
| 16/880 | - Institut der deutschen Wirtschaft Köln |
| 16/922 | - Hochschulen NRW Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen e. V. gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen in NRW |
| 16/924 | - Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinika in NRW (LPKwiss) |
| 16/925 | - Präsident der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen, Gelsenkirchen |
| 16/926 | - HIS Institut für Hochschulforschung, Hannover |
| 16/929 | - Kanzlerkreis der Kunst- und Musikhochschulen in NRW, Düsseldorf |
| 16/930 | - Die Kanzlerinnen und die Kanzler der Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen, Hagen |
| 16/932 | - Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW, Dortmund (Anlage identisch mit Stellungnahme 16/930) |
| 16/935 | - Landespersonalrätekonferenz der Hochschulen in NRW, Hagen |
| 16/936 | - Kanzler der Philipps-Universität Marburg |

C Beratungsergebnis

In der abschließenden Sitzung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und Forschung am 11. Dezember 2013 stellte die PIRATEN-Fraktion fest, dass die Analyse der Anhörung ihre Annahme bestätigt habe, generell sagen zu können, dass die Hochschulfinanzierung intransparent sei und in diesem Zusammenhang das Mittel der leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM) als strittig zu betrachten sei. Die Feststellungen aus Abschnitt IV. ihres Antrags seien mit Argumenten aus der Anhörung belegt. So diene u. a. als Beleg dafür, dass die aktuelle Mittelverteilung durch Globalhaushalte die wirklichen Bedarfe der Hochschulen nicht abbilde und diese seit Jahren chronisch unterfinanziert seien, die Aussage der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen (Prof. Dr. Sternberg). Alle Experten aus Nordrhein-Westfalen hätten die Qualität als gefährdet angesehen - gerade auch im Hinblick auf Verlässlichkeit für gute Arbeitsbedingungen.

Dass durch Globalhaushalte die Verwendung von Steuergeldern nicht ausreichend nachvollziehbar sei, sei von Seiten der Philipps-Universität Marburg bestätigt worden.

Die Aussage, die Hochschulsteuerung durch die leistungsorientierte Mittelvergabe habe Gewinner und Verlierer zur Folge, sei bekräftigt worden, so insbesondere durch Prof. Dr. Sternberg.

Auch die Aussage, dass eine nur an Kennzahlen orientierte Leistungsbewertung der Hochschulen als Indikator zur Mittelvergabe ungeeignet sei, sei von verschiedenen Vertretern bestätigt worden.

Dass durch die Einführung von Globalhaushalten in Verbindung mit dem Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verausgabung von Steuermitteln in Milliardenhöhe stark eingeschränkt worden seien, sei der einzige Punkt, der in der Betrachtung der Anhörung eher gegen den PIRATEN-Antrag spreche. Dies erscheine aber auch logisch, denn die Einführung der Globalhaushalte könne die chronische Unterfinanzierung ein wenig kaschieren.

Im Übrigen hätten bei einer Umfrage des Bertelsmann'schen Zentrums für Hochschulentwicklung selbst bei einer möglichen Mehrfachbenennung nur 20 % der Befragten finanzielle Anreizsysteme und leistungsorientierte Mittelvergabe als gutes Führungsinstrument genannt. Leistungsmessung und Leistungsvergleiche seien sogar nur von 16 % benannt worden.

Die Fraktion der SPD verwies darauf, dass sie in den Beratungsphasen bereits die wesentlichen Elemente vorgetragen habe und erinnerte daran, dass die Mehrheit Globalhaushalte nicht im Sinne einer leistungsorientierten Mittelvergabe funktioniere. Wie im weiteren Beratungsverlauf mit dem Finanzwesen umgegangen werden solle, ein Controlling eingebaut und natürlich eine nachhaltige Finanzierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen sichergestellt werden könne, werde in den anstehenden Beratungen zum Hochschulzukunftsgesetz zu erörtern sein.

Die Fraktion der FDP, die voranstellte, dass grundsätzlich wohl niemand etwas gegen Transparenzbestrebungen einzuwenden habe, bezeichnete die Behauptung des PIRATEN-Antrags, wonach sich die Hochschulen sozusagen im völligen Blindflug bewegten und nirgendwo Rechenschaft über die Mittelverwendung abzulesen sei, als sehr gewagte und mit der Realität nicht völlig übereinstimmende Wahrnehmung. Die Mehrheit der Experten habe sich sehr wohl dafür ausgesprochen, die leistungsorientierte Mittelvergabe beizubehalten. Damit schließe die Fraktion gleichwohl einen sich möglicherweise ergebenden Nachjustierungsbedarf nicht aus.

Auch die CDU-Fraktion signalisierte ebenfalls wie die FDP Ablehnung, da keine Alternativen zu erkennen seien. Mit ihrem Antrag impliziere die PIRATEN-Fraktion etwas, ohne gleichzeitig auszuführen, welche Richtung einzuschlagen sei. Gerade Prof. Dr. Sternberg habe in der

Anhörung deutlich gemacht, dass vor allem die Globalhaushalte eines der wesentlichen Mittel gewesen seien, die Problematiken der letzten Zeit gut aufzufangen. Auch der Kanzler der Philipps-Universität Marburg habe deutlich gemacht, die leistungsorientierte Mittelvergabe - entgegen dem PIRATEN-Antrag - durchaus als finanzielles Anreizmittel zu sehen.

Die Grünen-Fraktion bewertete den Antrag ebenfalls als nicht zustimmungsfähig. Gerade Globalhaushalte, Zielvereinbarungen und die leistungsorientierte Mittelvergabe seien doch Elemente einer modernen Steuerung von Hochschulen. Dies nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Bundesländern. Das derzeitige Hochschulfinanzierungssystem - insbesondere die LOM - sei an seine Grenzen gestoßen. Ein neues Modell der leistungsorientierten Mittelverteilung müsse, so sei in der Anhörung zu hören gewesen, in Bezug auf die Leistung fair sein. Das Angebot der Hochschulleitungen, ein verändertes Modell zu entwickeln, sei erfreulich.

Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung stellte klar, die leistungsorientierte Mittelvergabe existiere nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Bundesländern seit mehr als 20 Jahren und bedeute insofern kein neues Instrument. „Finanzautonomie“ sei in den 90er Jahren entwickelt worden. Die damalige Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft habe in Modellversuchen die Globalhaushalte nach vorne gebracht. Aus dem Referentenentwurf zum Hochschulzukunftsgesetz sei bekannt, dass man die Finanzierungsfrage noch einmal grundlegend angehen wolle. Es gehe um eine Modernisierung und andere Wege, wie die Hochschulen ihre Mittel erhielten.

In der anschließenden Abstimmung lehnte der Ausschuss den Antrag gegen die Stimmen der PIRATEN-Fraktion ab.

D Abstimmungsergebnis

In der Sitzung am 11. Dezember 2013 sprach sich der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN dafür aus, den Antrag - Drucksache 16/2281 - abzulehnen.

Arndt Klocke
Vorsitzender